

Impressum

Bund für Umwelt
und Naturschutz
Deutschland e.V. (BUND)
Friends of the Earth Germany
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Tel.: (030) 275 86-40
Fax: -440

www.bund.net
www.foei.org

Herausgeber:
Dr. Gerhard Timm

Redaktion:
Dr. Norbert Franck (V.i.S.d.P.),
Katrin Riegger

BUNDletter abbestellen:
www.bund.net/metanavigation/newsletter/abmelden/

BUNDletter 2/2008

BIODIVERSITÄT IN DEUTSCHLAND GEFÄHRDET

Bundesländer müssen handeln

STROMLÜCKEN-LÜGE

Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen und Strom sparen

LUFTVERKEHRSSTUDIE 2007

Klimabelastungen steigen dramatisch

REVISION DES EU-HAUSHALTS

Umweltzerstörung darf nicht gefördert werden

UN-BIODIVERSITÄTSKONFERENZ

Besuchen Sie den BUND

NANOTECHNOLOGIE IN LEBENSMITTELN

BUND-Studie „Aus dem Labor auf den Teller“

BIODIVERSITÄT IN DEUTSCHLAND GEFÄHRDET

Bundesländer müssen handeln

Ab dem 19. Mai treffen sich Vertreter von 189 Ländern zur UN-Biodiversitätskonferenz in Bonn. Sie beraten zwei Wochen lang, wie Arten und deren Lebensräume weltweit erhalten werden können. Deutschland will auf der Konferenz die anderen Teilnehmerländer davon überzeugen, mehr Schutzgebiete auszuweisen, Wälder nicht zu roden und Fischbestände zu schonen.

Doch wie ist es eigentlich hierzulande um die biologische Vielfalt bestellt? – Schlecht: 70 Prozent der Lebensräume sind gefährdet, die Rote Liste bedrohter Arten ist länger als in den meisten anderen Staaten Europas, Tendenz steigend. BUND, NABU und DNR fordern in einem 10-Punkte-Papier die deutschen Bundesländer auf, bestehende Naturschutzgesetze umzusetzen und weitere Schutzgebiete einzurichten.

Die Forderungen der Naturschutzverbände zur Erhaltung der biologischen Vielfalt: www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/naturschutz/20080418_naturschutz_biodiversitaet_gemeinsame_forderungen.pdf

Kontakt: friedrich.wulf@bund.net

STROMLÜCKEN-LÜGE

Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen und Strom sparen

Die großen Energiekonzerne in Deutschland wollen die Laufzeiten ausgerechnet der ältesten und gefährlichsten Atomkraftwerke verlängern und planen den Neubau von mindestens 25 klimaschädlichen Kohlekraftwerken. Damit wollen sie ihre Marktmacht, die auf großen, zentralen Kraftwerken basiert, zementieren. Mit dem Argument einer drohenden „Stromlücke“ sollen Kritiker ausgebremst werden. Unterstützung haben sich die Konzerne dabei von der Deutschen Energieagentur (dena) eingekauft. Die dena hat eine Stromlücke berechnet, die angeblich nur durch den Bau von 15 neuen Großkraftwerken geschlossen werden könne.

Das konzernunabhängige Umweltbundesamt (UBA) kommt hingegen in einer Studie zu dem Ergebnis, dass es keine Stromlücke geben wird, wenn die Alternativen engagiert ausgebaut werden. Der BUND fordert deshalb: Statt neue Kohlekraftwerke zu fördern, müssen der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und aktives Stromsparen vorangebracht werden.

Der Hintergrund zur Stromlücken-Lüge:

www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/klima/20080327_klima_keine_stromluecke_klimafakten.pdf

Kontakt: thorben.becker@bund.net

LUFTVERKEHRSTUDIE 2007

Klimabelastungen steigen dramatisch

Der Energieverbrauch und damit die CO₂-Emissionen des Flugverkehrs nehmen in Deutschland pro Jahr um etwa dreieinhalb Prozent zu. Bei Fortsetzung des gegenwärtigen Wachstums werden die Klimawirkungen des Fliegens bereits in fünf Jahren die des heutigen Pkw-Verkehrs übersteigen. Dieser ist in Deutschland für jährlich rund 100 Millionen Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid verantwortlich. – Das sind die wichtigsten Ergebnisse der vom Wuppertal-Institut und dem BUND veröffentlichten Expertise „Luftverkehrsstudie 2007: Im Steigflug in die Klimakatastrophe?“. Um dieses Szenario zu vermeiden, fordert der BUND, den Flugverkehr in ein wirksames Emissionshandelssystem einzubeziehen, die vorhandenen Flughäfen nicht weiter auszubauen und statt Kurzstreckenflüge das entsprechende Passagieraufkommen auf die Bahn zu verlagern.

Eine Zusammenfassung der Luftverkehrsstudie 2007:

www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/verkehr/20080409_verkehr_luftverkehrsstudie_hintergrund.pdf

Kontakt: werner.reh@bund.net

REVISION DES EU-HAUSHALTS

Umweltzerstörung darf nicht gefördert werden

Zwanzig Jahre nachdem der erste EU-Haushalt vorgelegt wurde, werden nun erstmalig sämtliche EU-Ausgaben überprüft. Damit haben das Europäische Parlament und der Rat die EU-Kommission im Mai 2006 beauftragt. Voraussichtlich noch in diesem Jahr wird die Kommission Empfehlungen zur Ausrichtung des Haushalts vorlegen. Vorher sind jedoch Nicht-Regierungsorganisationen und EU-Bürgerinnen und -Bürger gefragt, Vorschläge zu machen.

Der BUND und EURONATUR haben sich am Konsultationsprozess beteiligt und eine Stellungnahme eingereicht: Die EU sollte nur noch Projekte unterstützen, die nachweislich die Biodiversität erhalten und das Klima schützen. EU-Gelder dürfen nicht mehr in den Bau von Straßen oder Flughäfen fließen, durch die wertvolle Naturräume zerstört und ein Anstieg der Treibhausgasemissionen gefördert werden.

Die Stellungnahme von BUND und EURONATUR zur Reform des EU-Haushalts: www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/umweltschutz_international/20080414_umweltpolitik_international_eu_haushalt_stellungnahme.pdf

Kontakt: antje.vonbroock@bund.net

UN-BIODIVERSITÄTSKONFERENZ

Besuchen Sie den BUND

Während der UN-Biodiversitätskonferenz ist der BUND in Bonn auf dem "Campus der Vielfalt" mit einer Ausstellung über wichtige nationale und internationale Projekte der Biotopvernetzung und des Artenschutzes vertreten. Präsentiert werden das Rettungsnetz für die Wildkatze, das Elbe-Projekt des BUND und das Grüne Band Europa. Die Ausstellung ist vom 19. bis zum 30. Mai zu sehen.

Der BUND bei der UN-Biodiversitätskonferenz: www.bund.net/cop9

NANOTECHNOLOGIE IN LEBENSMITTELN

BUND-Studie „Aus dem Labor auf den Teller“

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt spielen sich derzeit tiefgreifende Veränderungen auf dem Lebensmittelmarkt ab: Immer mehr Lebensmitteln, Verpackungen und Küchenartikeln werden künstlich hergestellte Nanomaterialien zugefügt. Neu entstandene Gesundheits- und Umweltrisiken werden von der Gesetzgebung bisher nicht ausreichend erfasst. Darauf weist der BUND in seiner neuen Studie „Aus dem Labor auf den Teller – Die Nutzung der Nanotechnologie im Lebensmittelsektor“ hin.

In Kürze wird ein Rechtsgutachten der EU-Kommission zum Regulierungsbedarf im Bereich der Nanotechnologien vorgelegt. Der BUND erwartet von der Kommission, verpflichtende nano-spezifische Sicherheitstests und eine Kennzeichnungspflicht für Nanoprodukte in einen Gesetzesvorschlag aufzunehmen. Solange gesetzliche Regelungen fehlen, dürfen Nano-Produkte vorsorglich nicht mehr an Verbraucher abgegeben werden.

Die BUND-Studie zur Nutzung der Nanotechnologie in Lebensmitteln:
www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/nanotechnologie/20080311_nanotechnologie_lebensmittel_studie.pdf

Kontakt: patricia.cameron@bund.net